

BAD WURZACH/LEUTKIRCH

Streitthema Flächenfaktor: So sind Bad Wurzach und Leutkirch direkt vom Landeshaushalt betroffen

LESEDAUER: 10 MIN



Für die ländlichen Kommunen in Baden-Württemberg soll mehr Geld in die Hand genommen werden – die Frage ist nur: Wie? Und wieviel? (Foto: Monika Skolimowska/dpa)

25. November 2019

TOBIAS SCHUMACHER
Redakteur Isny

Drucken

Noch vor Weihnachten soll der Landtag in Stuttgart den Doppelhaushalt für die Jahre 2020/21 verabschieden. Ein umstrittenes Thema bei den Vorberatungen ist der sogenannte Flächenfaktor, mit dem Nachteile für Kommunen im ländlichen Raum ausgeglichen werden sollen.

Er ist im Koalitionsvertrag festgeschrieben, die CDU beharrt auf die Umsetzung. Die Grünen dagegen stellen sich hinter die Haltung des Städtetages, der eine Umverteilung der Mittel innerhalb des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) mehrheitlich ablehnt.

Die unterschiedlichen Betrachtungsweisen schlagen durch in die Region. Das verdeutlicht eine Nachfrage der „Schwäbischen Zeitung“ bei den Bürgermeistern von Bad Wurzach und Leutkirch sowie den hiesigen Landtagsabgeordneten **Raimund Haser** (CDU) und Petra Krebs (Grüne).

OB Henle engagiert sich für Lösung im Städtetag

An der Willensbildung zur Haltung des Städtetages war **Leutkirchs** OB Hans-Jörg Henle beteiligt. Er habe sich „in der zuständigen Facharbeitsgruppe“ dafür engagiert, „dass der Städtetag die Problematik erkannt hat“ und von seiner anfänglich generellen „Ablehnungshaltung“ gegen den Flächenfaktor abgerückt sei, heißt es aus dem Leutkircher Rathaus.

Der Vorschlag des Städtetages für einen Finanzausgleich mit den Gemeinden sehe nun „eine Erhöhung der Fachförderung (z.B. ELR, Feuerwehrförderung...) und des Ausgleichsstocks für tatsächlich betroffene Städte und Gemeinden vor“.

Henle zeigt sich überzeugt, dass „dies auch eine gute Kompromisslösung für die beiden Regierungsfractionen sein könnte, die Stadt Leutkirch geht davon aus, dass der Koalitionsvertrag auch in diesem Punkt umgesetzt wird.“

Bürgermeisterin Scherer ist skeptischer

Skeptischer beurteilt Bad Wurzachs Bürgermeisterin Alexandra Scherer die Perspektiven: „Wir würden es sehr begrüßen, wenn der Flächenfaktor als wichtiges Instrument zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Baden-Württemberg doch noch von beiden Koalitionspartnern anerkannt und im Rahmen der aktuellen Haushaltsberatung umgesetzt würde.“

Flächengemeinden wie **Bad Wurzach** hätten beim Unterhalt ihrer Infrastruktur tatsächlich mehr Aufwand als Ballungsräume, betont Scherer: „Wir würden uns wünschen, dass wir entsprechend dem größeren Aufwand auch mehr finanzielle Unterstützung erhalten würden.“

Der CDU-Abgeordnete Haser nennt als nur ein Beispiel die rund 500 Kilometer Straßennetz, die die Riedstadt auf ihrer Gemarkung zu unterhalten hat.

Schon erlebt: weniger Zuschüsse bei Einzelförderung

Die von Henle skizzierte „Kompromisslösung“ sieht Scherer kritisch: „Eine Förderung nur über spezifische Programme wäre sehr aufwändig, weil für jede Maßnahme einzelne Anträge gestellt werden müssen, die nach unserer Erfahrung

zunehmend komplexer werden, aber natürlich keine Gewähr geben, im Einzelfall auch berücksichtigt zu werden.“

Diese Erfahrung habe Bad Wurzach ganz aktuell bei der Sanierung von Brücken gemacht: „Im Rahmen eines Einzelantrages haben wir statt der erhofften Mehr-Förderung sogar weniger Zuschüsse erhalten“, beklagt Scherer.

Zwar sei auch dieser Zuschuss willkommen, „aber wir brauchen einfach zur Erfüllung unserer Aufgaben die entsprechende dauerhafte und gesicherte Finanzausstattung. Auch, um am Ende nicht das Gefühl zu bekommen, dass der ländliche Raum Bittsteller für die Aufgabenerfüllung ist.“

„2020 keine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes“

Kompliziert wird das Verständnis, wenn die hiesige Grünen-Landtagsabgeordnete **Petra Krebs** erklärt, dass „die Frage der konkreten Ausgestaltung des Flächenfaktors noch offen“ sei, nach ihrer Überzeugung 2020 aber keine Änderung des FAG erfolge.

Zwar seien die Regierungsfractionen weiter im Gespräch, doch stehe laut Krebs schon jetzt fest, dass es „für den Flächenfaktor kein weiteres Geld geben wird, sondern es lediglich um eine Umverteilung innerhalb der Finanzausgleichsmasse geht“. Das habe die Haushaltskommission der Regierungsfractionen inzwischen beschlossen.

„Stinksauer, dass sich der Koalitionspartner nicht bewegt“

Das bringt Parlamentskollege Raimund Haser (CDU) auf die Palme: „Ich bin stinksauer, dass sich unser Koalitionspartner nicht bewegt, obwohl der Flächenfaktor im Koalitionsvertrag steht“, sagt er der SZ. Zwar hoffe die CDU „auf weitere Verhandlungen innerhalb des FAG, notfalls im aktuell noch abzustimmenden Einigungsvertrag mit den Kommunen“.

Doch komme „erschwerend“ hinzu, dass Grünen-Finanzministerin Edith Sitzmann einen Haushalt vorgelegt habe, „ohne vorher eine Einigung mit den Kommunen hergestellt zu haben. Das ist ein Skandal, ich bin wirklich fassungslos, wie man mit der Selbstverwaltung der Kommunen hier umgeht“, empört sich Haser.

Parlamentskollegin Krebs erläutert die Vorbehalte der Grünen gegen den Flächenfaktor dahingehend, dass „für uns die pauschale Rechnung – großes Gebiet, große Ausgaben – nicht aufgeht“. Es bestehe „kein maßgeblicher Zusammenhang zwischen der Flächengröße einer Gemeinde und ihren kommunalen Ausgaben“, und es lasse sich „nicht feststellen, dass Gemeinden mit überdurchschnittlicher Fläche finanziell schlechter dastehen“, sagt Krebs.

Mehr Unterstützung bei Feuerwehr, Infrastruktur, Bildung und Betreuung

Gemäß dem Ansatz des Städtetages wollten die Grünen den ländlichen Raum „zielgerichtet und bedarfsorientiert“ stärken und „dort fördern, wo große Flächen die Kosten für die Infrastruktur tatsächlich erhöhen“, um „die Kommunen bei ihren Aufgaben besser unterstützen“.

Als Beispiele nennt Krebs Feuerwehr, Infrastruktur sowie Bildungs- und Betreuungseinrichtungen. „Hier halten wir eine zielgerichtete Förderung für Kommunen im ländlichen Raum für notwendig.“

So sei es im Koalitionsvertrag festgehalten, darüber werde mit den kommunalen Spitzenverbänden und der CDU beraten. Wobei ihrer Partei zugleich wichtig sei: „Es darf keine Spaltung der kommunalen Familie geben“, so Krebs weiter.

„Unwucht“ zwischen Bad Wurzach und Mannheim

Um „ein Bild von der Größenordnung zu haben, über die wir sprechen“, rechnet sie vor, dass der Flächenfaktor für die „großen Gewinner“, wozu sie Leutkirch und Bad Wurzach zählt, pro Jahr nur 161 000 Euro (Leutkirch) und 218 000 Euro (Bad Wurzach) brächte. Im Vergleich dazu müssten Städte wie Mannheim oder Pforzheim mit einem Minus von mehr als sechs beziehungsweise einer Million Euro rechnen.

„Da gibt es eine Unwucht“, deshalb wollten die Grünen mit der CDU „nochmals darüber nachdenken, wie die Gießkanne durch gezielte und wirksame Förderung ersetzt werden kann“, betont die Grünen-Abgeordnete.

Zwei Milliarden Euro mehr zu verteilen

Demgegenüber plädiert Haser im Namen der CDU vehement für den Flächenfaktor, „notfalls auch mit frischem Geld aus dem Haushalt“. Denn auch darum ging es vergangene Woche in Stuttgart, die Landesregierung rechnet bis 2021 mit zwei Milliarden an unvorhergesehenen Mehreinnahmen, unter anderem sind das Bußgelder aus dem Dieselskandal.

Hasers Aufzählung der vielen Aufgaben der Flächengemeinden untermauert Bürgermeisterin Scherers Bedenken gegen Einzelförderungen und dem entsprechenden bürokratischen Aufwand. „Nicht nur Einwohner kosten Geld – also Schulen, Verwaltung, Infrastruktur, Soziales“, listet Haser auf, „sondern auch die Unterhaltungszahlungen für die Infrastruktur: Erhalt von kleinen Schulen, lange Straßenwege, Winterdienst, digitale Infrastruktur“. Das alles sei „auch davon abhängig, wie weit die Menschen voneinander entfernt wohnen“.

Für ländliche Kommunen ausgleichen

Darüber hinzu müssten ländliche Kommunen Naturschutz und die Infrastruktur für Land- und Forstwirtschaft mitfinanzieren, was in städtischen Bereichen wegfallen. „Es geht auch nicht darum, weniger in Städte und mehr ins Land zu investieren, sondern um ausgleichende Gerechtigkeit“, fasst Haser zusammen.

In den vergangenen Jahren hätten die großen Ballungsräume und Städte von einem „anhaltenden Aufschwung im FAG weitaus mehr profitiert als ländliche Kommunen – dies gilt es auszugleichen“, erklärt Haser die Haltung der Christdemokraten.



0 Kommentare

schwäbische
© Schwäbischer Verlag 2019